



Im Auftrag der österreichischen Organisation „Pro Leben“ forderte Christiane Lüst (3.v.r.) vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf eine Chance auf gentechnikfreie Nahrungsmittel  
Foto: fkn

## „Zu viel geredet und zu wenig gehandelt“

Christiane Lüst über den Pflegenotstand und gentechnikfreie Nahrungsmittel

Bereits zum zweiten Mal sprach die Gautingerin Christiane Lüst, Gründerin des Forums zur Situation Pflegebedürftiger, vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf. Am Montag forderte die ödp-Kreisvorsitzende gentechnikfreie Nahrungsmittel – als ein Menschenrecht. Merkur-Mitarbeiterin Christine Class-Wesle hakte nach.

### DAS INTERVIEW

*Vor vier Jahren haben Sie vor der UN-Menschenrechtskommission das Recht auf Menschenwürde in deutschen Pflegeheimen eingeklagt: Was ist daraus geworden?*

**Christiane Lüst:** Nicht sehr

viel. Außer, dass das Forum mit Bundespolitikern einen Runden Tisch einberufen hat und auf regionaler Ebene einen Pflegestammtisch. Wir kamen zudem mit den Politikern der Bundestagsfraktionen ins Gespräch. Uns Forumsmitgliedern haben sich außerdem die Türen in Berlin geöffnet – zu den Ministerien und Bundestagsausschüssen. Die Politiker sind zwar alle sehr motiviert, die Situation in bundesdeutschen Pflegeheimen zu verbessern; aber es wird zu viel geredet und zu wenig gehandelt. 2007 wird es wieder eine Anhörung in Genf geben: Wir werden dann eine weitere Verschlechterung der Missstände in den Pflegeheimen dieser Republik beklagen müssen.

*Die zweite Menschen-*

*rechts-Klage in Genf führten Sie an diesem Montag im Auftrag von „Pro Leben“?*

**Lüst:** Ja, das ist eine Nicht-Regierungsorganisation in Österreich – eine Antigentechnik-Gruppierung. Am Montag habe ich in deren Auftrag vor dem Ausschuss vorgetragen. Nun ist die österreichische Regierung dran und muss dazu Stellung beziehen. Am 25. November kommt das Thema nochmals vor den Ausschuss – mit Empfehlungen, was die österreichische Regierung tun müsste.

*Was konkret haben Sie denn am vergangenen Montag von der UN-Menschenrechtskommission in Genf gefordert?*

**Lüst:** Die Chance auf gentechnikfreie Nahrungsmittel

nach dem internationalen Pakt und den Richtlinien der FAO (Welternährungsorganisation). Der Anbau von gentechnikfreiem Saatgut muss gewährleistet sein, ohne dass die Bauern an Saatgutkonzernen wie „Mon Santo“ Abgaben zahlen müssen. Weil in Indien fast nur noch patentiertes Saatgut gegen Gebühren verwendet wird, wurde zum Beispiel die wirtschaftliche Existenz der dortigen Landwirte vernichtet: 25 000 hoch verschuldete indische Bauern sind dadurch schon in den Selbstmord getrieben worden. Zugang zu Nahrung ohne gesundheitsgefährdende Zusatzstoffe ist ein Menschenrecht: Dass Gentechnik-Lebensmittel, die Gesundheit des Menschen gefährden, belegen genügend Studien.